

Außerdem wird ein Einblick in die Arbeitsweise der Denkmalpflege bei Ausgrabungen geboten.

Der Vortrag ist im Gemeinschaftsraum der Grund- und Hauptschule (Eingang Hirschstraße) um 20 Uhr. Es wird herzlich eingeladen.

Der Leiter der Außenstelle
(gez.) Dr. Willi Müller

Lohnsteuerkarten 1968

Die Lohnsteuerkarten für das Jahr 1968 werden am

Montag, 6. November 1967, von
10.00 - 12.00 und 15.00 - 19.00 Uhr

und am

Dienstag, 7. November 1967, von
10.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 17.00 Uhr

im Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer 6 (Gehilfenzimmer)
ausgegeben. Ausländer: Zimmer 2.

Teilbebauungsplan "Im Wolfsgalgen II"

Der Entwurf des Teilbebauungsplans "Im Wolfsgalgen II" nach dem Lageplan des Vermessungsbüros Eugen Schüle, Stgt.-Zuffenhausen, vom 30. Oktober 1967, liegt gem. § 2 Abs. 6 BBauG vom 10. November bis 10. Dezember 1967 je einschließlich im Rathaus, Zimmer 4 (Ortsbauamt) öffentlich aus.

Bedenken oder Anregungen zu diesem Bebauungsplan können während der Auslegungsfrist beim Bürgermeisteramt vorgebracht werden.

Die Begrenzung dieses Teilbebauungsplans erfolgt durch die Feldwege 3, 497 und 472 und die Westgrenze des Grundstücks Parz. Nr. 761.

Änderung des Bebauungsplans "Kästlesgraben"

Die vom Gemeinderat am 13. September 1967 beschlossene Änderung des Bebauungsplans "Kästlesgraben" nach dem Lageplan des Vermessungsingenieurs Eugen Schempp, Böblingen, vom 5. Juli 1967, wurde vom Landratsamt Ludwigsburg mit Erlaß vom 27. Oktober 1967, Nr. II 5 a - 612.21 genehmigt.

Die genehmigte Bebauungsplanänderung liegt gemäß § 12 BBauG vom 3. - 10. November 1967, je einschließlich im Rathaus, Zimmer 4, Ortsbauamt - öffentlich aus.

Öffentliche Bekanntmachung

Beschleunigte Zusammenlegung Münchingen, Kreis Leonberg

Überleitungsbestimmungen zur vorläufigen Besitzzei-
nweisung nach dem Nachtrag I zum Zusammenlegungsplan

Unter Abänderung der Überleitungsbestimmungen vom 21. Oktober 1966 wird die Überleitung aus dem bisherigen im Zusammenlegungsplan festgesetzten in den durch den Plan-

nachtrag I geänderten neuen Zustand, namentlich der Übergang des Besitzes, der Verwaltung und der Nutzung der neuen Grundstücke auf Grund der Anordnung der vorläufigen Besitzzeiweisung vom 21. Oktober 1966 durch nachstehende Überleitungsbestimmungen (§ 65 Abs. 2 i. V. mit § 62 Abs. 3 und 4 des Flurbereinigungsgesetzes - FlurbG - vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) geregelt.

I. Inbesitznahme der neuen Grundstücke

1. Zeitpunkt der Inbesitznahme (§§ 66 Abs. 1 Satz 1 FlurbG)

Die vom Nachtrag I zum Zusammenlegungsplan Betroffenen treten den Besitz der ihnen in den Auszügen aus dem Plannachtrag zugewiesenen Abfindungsgrundstücke an, sobald die darauf stehenden Früchte von den bisher vorläufig in den Besitz eingewiesenen Berechtigten abgeerntet sind. Als spätester Zeitpunkt für diese Inbesitznahme wird hiermit festgesetzt:

- a) für das mit Geteide bebaute Land der 6.11.67
- b) für das mit Hackfrüchten und Futterpflanzen bebaute Land, die Wiesen, Obstgrundstücke der 20.11.67

2. Bewirtschaftung

- a) Den bisherigen Berechtigten ist es nicht gestattet, die alten Grundstücke nach dem festgesetzten Zeitpunkt des Besitzübergangs nochmals zu bewirtschaften oder nach abgeernteter Hauptfrucht mit Zwischenfrüchten zu bestellen.
- b) Die Empfänger der Landabfindung haben - unbeschadet ihres Beschwerderechts - die vorläufig zugewiesenen Grundstücke ordnungsgemäß zu bewirtschaften.

3. Nutzung der neuen Grundstücke

- a) für Rotklee, Luzerne und sonstige Futterpflanzen, die auf den abzutretenden Flächen eingesät wurden, wird keine Entschädigung gewährt.
- b) Stallung- und Handelsdüngergaben werden nicht entschädigt.

II. Wege- und Gewässernetz

Aufgehobene alte Wege und Überfahrrechte dürfen nicht mehr benützt werden.

III. Allgemeine Hinweise

- 1. Soweit an Erzeugnissen oder sonstigen Bestandteilen von Grundstücken besondere Rechtsverhältnisse bestehen, gelten die Empfänger als Eigentümer der neuen Grundstücke, insbesondere treten die Erzeugnisse der neuen Grundstücke in rechtlicher Beziehung an die Stelle der Erzeugnisse der alten Grundstücke (§ 66 Abs. 1 FlurbG).
- 2. Die rechtlichen Wirkungen der vorläufigen Besitzzeiweisung enden mit der Ausführung des Zusammen-